

Metropole. Provinz. Heimat

Richard Meng

Robust und sensibel

Urbane Politik in Zeiten von Individualismus und Profi-Lobbyisten

Große Städte sind Magneten. Attraktiv, spannend, vielfältig. Orte der Begegnung, der Ideen, der Chancen. Und doch entspricht dieses Bild nicht der Gefühlslage vieler ihrer Bewohner. Die tun sich – zunehmend – schwer, sich mit der Stadtgesellschaft insgesamt zu identifizieren. Teilwelten sind sich selbst genug, schotten sich ab. Ein Gefühl für oder gar Stolz auf das Ganze, wie es früher vom alten Bürgertum verkörpert wurde, ist eher die Ausnahme als die Regel. Stattdessen: immer wieder endlose Debatten über alles und jedes.

Richard Meng

(* 1954) ist Sprecher des Senats von Berlin.



sprecher@senatskanzlei.berlin.de

In Berlin hatte sich in diesem Frühsommer ein internationales Debattierprojekt angesagt, das sogenannte »Guggenheim Lab«. Um die Stadt der Zukunft sollte es gehen, um Perspektiven des urbanen Lebens in den großen Metropolen. Das Projekt war in New York gestartet und zog – nach ein paar Wochen Berlin – weiter Richtung Asien. Öffentliches Nachdenken über Urbanität: genau das, was intellektuelle Geister gegenüber dem pragmatisch-konkreten Alltag immer fordern.

Das Projekt, mit einer großen Autofirma als Hauptsponsor, fand in Berlin seinen Ort, wenn auch erst nach einiger Aufregung. Denn linke Splittergruppen hatten in genau diesem Projekt einen neuen Beleg für Gentrifizierung gewittert und mit einer Form der Gegenaktion gedroht, die durchaus als Gewaltankündigung verstanden werden konnte. Am Ende war alles harmlos – das bisschen Protest genauso

wie das Projekt selbst. Es sind keine nachhaltigeren Denkanstöße überliefert. Eine Episode in der Metropole – mit ein paar medialen Ausschlägen, mehr nicht. Vergessen fast schon wieder, als die Debattierer noch in der Stadt waren.

Das Beispiel zeigt Reichtum und Armut in den Städten zugleich. Reichtum an Events und Gegenevents, Armut an Wirkung. Wo es alles gibt, überrascht nichts mehr wirklich. Wo die Vielfalt zur Leitidee geworden ist, verpuffen selbst handfeste Provokationen, berührt kaum ein Thema die Menschen über den Tag hinaus.

Aber was bedeutet das für urbane Politik? Zunächst einmal dies: Es wird immer schwieriger, nach innen – also in die Stadt hinein – ein Gemeinschaftsgefühl zu erreichen, das sich auch öffentlich ausdrückt. In Zeiten des gelebten Individualismus können viele Städter mit einem traditionellen sozialen Zusammengehörigkeitsgefühl wenig anfangen, wie wir es noch aus ländlichen Gegenden und Kleinstädten kennen und wie es sich dort insbesondere in Vereinen und Verbänden ausdrückt. In der Freiheit der großen Stadt entstehen positive Zuordnungen über Teilgesellschaften. Und diese haben ihre jeweils eigenen Abgrenzungen, über die sie sich definieren.

Die Türen weit offen halten

Gegen Bau- und Verkehrsprojekte etwa. Gegen den Zuzug von Leuten, die bisher in diesem Teil der Stadt nicht wohnten. Für mehr Kitas, mehr Kulturförderung, mehr von was auch immer. Gegen Veränderung, wenn sie die Milieuordnung stört, und sei es die alternative. Lebensweisen, Gewohnheiten, Milieus, Interessen: Die Bereitschaft, sich für sich selbst einzusetzen, kann schnell in Gleichgültigkeit oder sogar in Rücksichtslosigkeit gegenüber Allgemeininteressen münden. Das Umland der großen Stadt interessiert bestenfalls als Freizeitraum. Die nationale Ebene bleibt dem Stadtmenschen abstrakt, weltfern.

Große Städte sind einerseits wie Planeten, die fern voneinander ihre Bahnen ziehen. Gleichzeitig ist die Wandermobilität vieler ihrer Bewohner – und speziell der Leistungsträger im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich – massiv angewachsen. Viele der wichtigen Impulse kommen von diesen ortsflexiblen Zugewanderten, während die innergroßstädtische Politik die Domäne der Ortsfesten bleibt. Große Widersprüche? Große Spannungsbögen, auch durch derartige Auseinanderentwicklung der Lebensläufe.

Gegen alles und jedes gibt es Protest, weil sich immer jemand gestört oder auch nur falsch berührt fühlt. Im medial vermittelten Diskurs ist dieser Protest weit stärker sichtbar als das Schweigen von Mehrheiten. Die Stadtgesellschaft stumpft darüber ab. Sie nimmt die auf Krawall gebürsteten Tagesnachrichten geradezu gleichgültig hin. Sie beißt auch nicht zurück, wenn Einzelinteressen in Selbstüberschätzung aufgehen. Sie bleibt in gutem Sinne gelassen, wenn Lokalmedien die Skandalisierungsmaschinerie anwerfen – nicht immer, aber doch oft.

Es gibt keinen Weg zurück zu den vergleichsweise stabilen Identitäten der Provinz. Er wäre auch nicht wünschenswert.

Denn die zivilisatorische Eigenart der großen Städte beruht darauf, dass auch extreme kulturelle Unterschiedlichkeit lebbar wird, ohne dass man einander einschränkt. So gesehen kann es nur die Strategie einer klugen Stadtpolitik bleiben, die Türen weit offen zu halten, neuen Wind – aus vielen Richtungen – zuzulassen und die Marke Vielfalt dauerhaft zu verankern.

Offenheit bedeutet ausdrücklich nicht Beliebigkeit. Jedes demokratische Wertesystem in einer globalisierten Welt muss heute das Prinzip Vielfalt in den Mittelpunkt rücken. Ein Prinzip, das auch auf der Erfahrung beruht, dass das Produkt unterschiedlicher Mentalitäten und Talente immer mehr ist als nur die Addition einzelner individueller Eigenheiten, dass dabei Neues entsteht, wenn Vielfalt funktioniert.

Soziales Engagement und passive Rücksichtslosigkeit

Die These, Vielfalt sei in Zeiten des Individualismus letztlich mit Rücksichtslosigkeit der Einzelinteressen zu übersetzen, ist weit überzogen. Die Lebenspraxis in den großen Städten belegt neben allen unbestreitbaren Problemen ein Maß an gelebter Integration und Toleranz, das vor Jahrzehnten noch unvorstellbar war. Gleichwohl gibt es so etwas wie passive Rücksichtslosigkeit. Anders ausgedrückt: die mangelnde Bereitschaft, sich für die Allgemeinheit auch dann einzusetzen, wenn es nicht direkt der Verfolgung eigener Interessen dient.

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt erleben in den Städten nicht gerade Blütezeiten. Das könnte sich durch den demografischen Wandel ändern, wenn immer mehr gesunde Ältere nach Aufgaben suchen. Wenn ehemalige Gründergenerationen nach einem hektischen, vielfältigen Berufsleben die Zeit haben, sich für das Tradieren ihrer Ideen einzusetzen.

Es wäre ein starker Impuls für ein neues Bürgertum, das heute viel zu schwach ausgeprägt ist. Eines, das sich nicht vorwiegend über Besitz definiert wie im vergangenen Jahrhundert, sondern über das Engagement für Werte im Interesse des Ganzen.

Gestalterische städtische Politik kann in diesen Zeiten der Milieudifferenzierung eines nur selten erwarten: breite öffentliche Zustimmung, die auch erkennbar wäre. Sie muss im Gegenteil damit leben, dass im Zweifel kaum jemand zur Verteidigung von mehrheitlich befürworteten Maßnahmen bereit steht. Dass jeder kritische Einzeleinwand mehr medialen Aufmerksamkeitswert entwickelt – und bekommt –, weil in der Welt der Vielfalt immer nur der Widerspruch spannend erscheint. Ansonsten herrscht in Sachen Staatsaufgaben eher die Kundenmentalität derer vor, die vom Dienstleister Staat immer nur individuell bedient zu werden wünschen. Chronische Unzufriedenheit mit dem jeweils erreichten Servicestandard ist ihnen selbstverständlich. Man will ja was vom Staat – bloß nicht umgekehrt.

Partizipation als Garant für urbanen Zusammenhalt

Robust sein und zugleich sensibel: Das ist der eigentliche Anspruchsbogen für großstädtische Politik. Sensibel insbesondere für soziale Verwerfungen, selbst wenn ausgerechnet diese nur selten öffentlich zu Tage treten. Wer abgehängt wird, hat keinen großen Auftritt. Insofern lenkt das mediale Tagesgetöse mitunter sogar ab von den eigentlichen Problemen des Auseinanderfallens in der Stadtgesellschaft und der wachsenden Respektlosigkeit gegenüber pragmatischen Versuchen, diese Stadtgesellschaft zusammenzuhalten.

Es muss darum gehen, das Gefühl fürs Ganze wieder zu stärken. Es muss auch darum gehen, wieder mehr echte Partizipa-

tion zu ermöglichen. Es kann aber nicht gut gehen, Partizipation vorwiegend als eine Art permanente Ted-Umfrage zu verstehen. Schnell mal eben die Meinung kundtun und alles Weitere dann den politischen Dienstleistern zu überlassen, die man abwechselnd wählen, »bashen« und verachten kann.

Es gibt in der urbanen Welt heute schon sehr ausgeprägte Beteiligungsformen – als Organisation von Partikularinteressen. Oft hocheffektiv und meist öffentlich sehr präsent. Echte Teilhabe aber erfordert auch die Bereitschaft zur Interessensabwägung. Und einen langen Atem, über momentane Unmutsbekundungen hinaus. Teilhabe braucht dauerhafte Teilhabebereitschaft und -fähigkeit. Die bringen dann häufig nur die professionellen Interessenvertreter auf, die medienfixierten Lobbyisten der Einzelinteressen, die sich immer besonders schwer damit tun, auch mal einen Kompromiss zu verteidigen, weil er ja nicht ihrer Rolle entspricht.

Da geht es dann nicht zuletzt um das altbackene, aber unverzichtbare Prinzip, dass demokratische Mehrheitsentscheidungen von allen akzeptiert werden müssen. Da stellen sich auch Fragen nach der Demokratiebereitschaft der modernen Stadtgesellschaft. Jedenfalls insoweit, als mit Demokratie noch Identitätsstiftung durch Interessenausgleich gemeint ist und nicht nur die Arena des öffentlich ausgetragenen Kampfes.

Echtes bürgerschaftliches Engagement in dieser großstädtischen Unübersichtlichkeit müsste die Auseinandersetzung über den richtigen Weg zurückholen. Zurück aus der Welt der medialen Aufgeregtheit, zurück in die *Stadtgesellschaft*. ■